

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 14. April 1969

Blatt 397

Wien kauft Kindererholungsheim in Aflenz

=====

14. April (RK) Die Stadt Wien wird in dem bekannten steirischen Kurort Aflenz ein Kindererholungsheim einrichten. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wurde der Kauf eines 4.445 Quadratmeter großen Grundstückes mit den darauf befindlichen Gebäuden um 1,2 Millionen Schilling genehmigt. Das Jugendamt der Stadt Wien wird das Objekt, inmitten eines großen Gartens gelegen, als Erholungsheim führen. Auf Grund der günstigen klimatischen Lage ist dabei an einen ganzjährigen Betrieb gedacht.

- - -

Bürgermeister übergibt angiologisch-diagnostisches Laboratorium

im Krankenhaus Lainz seiner Bestimmung

14. April (RK) Bürgermeister Bruno Marek übergab heute vormittag im Beisein der Stadträte Bock, Dr. Glück und Heller das angiologisch-diagnostische Laboratorium an der I. Chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Lainz offiziell seiner Bestimmung. Eine derartige Abteilung dient der zweckmäßigen chirurgischen und konservativen Behandlung von Gefäßkrankheiten.

Mit Hilfe von Spezialapparaten kann das gesamte Gefäßsystem des Körpers genau dargestellt und damit können krankhafte Veränderungen diagnostiziert werden. Das Laboratorium stellt eine beispielgebende Einrichtung für den ganzen mitteleuropäischen Raum dar. Dies vor allem deshalb, weil hier die operativen Einrichtungen dem modernsten Stand der Technik angepaßt sind und andererseits weil hier die Kombination von klinischer und Röntgen-diagnostik mit Bettenstation und Operations-Narkose-Einheit ideal gegeben sind. So können durch diese ideale Zusammenarbeit innerhalb weniger Stunden (und gerade die Kürze der Zeit ist oft ausschlaggebend) eine exakte Diagnose und ein entsprechender Therapieplan erstellt werden.

Der Bürgermeister strich bei der Übergabe des Laboratoriums, an der auch der ehemalige Vorstand der I. Chirurgischen Abteilung, Prof. Dr. Salzer und sein Nachfolger Primarius Dr. Denck teilnahmen, die erfreuliche Tatsache hervor, daß sich die österreichische Nationalbank an der Gesamtfinanzierung dieses Vorhabens mit 2,7 Millionen Schilling beteiligte. Die Gesamtkosten dieses Großprojekts betragen 6 Millionen Schilling.

Anschließend besichtigten Bürgermeister und Stadträte, in deren Begleitung sich auch mehrere Mitglieder des Gemeinderates, Bezirksvorsteher Dipl.-Ing. Gerstbach, Beamte der Stadtverwaltung und Vertreter der Nationalbank befanden, das im Rohbau bereits fertiggestellte Isotopen- und Zentrallabor. Dieses Zentral- und Isotopenlabor wurde als dreigeschossiges Gebäude errichtet. Im Bereich des Isotopenlabors waren umfangreiche

Strahlenschutzmaßnahmen erforderlich und selbstverständlich wurden dort, wo es notwendig erschien, Klimageräte eingebaut. Im Keller des Zentrallaboratoriums wurde ein Raum für die zukünftige Rohrpostzentrale dieses Schwerpunktspitals geschaffen. Die Baukosten für dieses Projekt betragen ungefähr 20 Millionen Schilling. Besonders notwendig ist neben dem Zentrallaboratorium die Arbeit des Isotopenlabors, welches sich mit der Nuklearmedizin beschäftigt, einem von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnenden Wissenschaftszweig. Dieses Labor dient vor allem diagnostischen Zwecken und ist für alle Fachgebiete der Medizin von ausschlaggebender Bedeutung. Auch andere Spitäler, zum Beispiel die Nervenheilanstalt Rosenhügel, werden ihre Spezialuntersuchungen in diesem Laboratorium durchführen lassen können.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

14. April (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karfiol 4 bis 6 S, Weißkraut 4 S je Kilogramm, Hauptelsalat 3 S je Stück.

Obst: Äpfel, Qualitätsklasse II 6 S, Birnen, Qualitätsklasse II 6 bis 8 S, Jaffa-Orangen 6.50 S je Kilogramm.

- - -

30. Wiener Damenmodewoche im Wiener Messepalast
=====

14. April (RK) Im Wiener Messepalast wird die 30. Wiener Damenmodewoche abgehalten, an der rund 270 Aussteller aus neun Ländern teilnehmen. Vom Hauskleid bis zur Abendrobe soll ein echter Querschnitt durch die internationale Damenmode gezeigt werden. Bei der offiziellen Eröffnung heute vormittag konnte der Präsident des Fachverbandes der Bekleidungsindustrie Österreichs, Kommerzialrat Siegfried Elias, an der Spitze der zahlreich erschienenen Ehrengäste Handelsminister Mitterer und in Vertretung des Wiener Bürgermeisters Stadtrat Suttner begrüßen.

Stadtrat Suttner führte aus, Wien hätte abgesehen von seiner Rolle als internationales Ausstellungs- und Kongreßzentrum auch stets seinen Einfluß auf das Modeschaffen Europas geltend gemacht. Die Modeschöpfer von heute leben nicht von der Vergangenheit, sondern festigen den Ruf Wiens als Modezentrum durch ideenreiche Kollektionen immer wieder. Sowohl das Angebot als auch die Nachfrage rechtfertigen die Bezeichnung der Wiener Damenmodewoche als internationale Fachmesse. Der starken internationalen Nachfrage entspreche auch die Struktur der österreichischen Bekleidungsindustrie, denn mehr als ein Viertel der gesamten Produktion im Wert von 1,5 Milliarden, würden in mehr als 100 Staaten der Welt exportiert. Abschließend betonte der Stadtrat, daß die Stadt Wien sich stets in ganz besonderem Maße des Modeschaffens annehme. So etwa genieße die Modeschule Hetzendorf Weltruf, deren Absolventinnen jährlich viele internationale Preise und Anerkennungen erringen.

Mit einem Empfang, den der Bürgermeister der Stadt Wien heute abend im Festsaal des Wiener Rathauses gibt, wird verbunden mit einer Modeschau dieses wirtschaftliche und kommerzielle Ereignis auch seinen gesellschaftlichen Niederschlag finden.

Stadtrat Pfoch vor Journalisten:III. Wasserleitung dringend nötig
=====

14. April (RK) Der steigende Wasserverbrauch in der Bundeshauptstadt (jährliche Steigerung rund drei Prozent) macht es nötig, rechtzeitig für die Wasseraufbringung der Zukunft zu sorgen. Nur durch den beschleunigten Bau der III. Wiener Wasserleitung (Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke) kann verhindert werden, daß die Bundeshauptstadt im Jahre 1974 in einen Engpaß der Wasserversorgung gerät. Stadtrat Hubert Pfoch begründete heute vormittag in einer Pressekonferenz mit diesen harten Tatsachen die besondere Dringlichkeit, die die Stadtverwaltung der III. Wasserleitung zumißt.

Stadtrat Pfoch stellte den Bemühungen der Stadtverwaltung, die Wiener auf lange Sicht mit hochwertigem Trinkwasser zu versorgen, die hinhaltende Taktik der Bundesstellen gegenüber, die durch immer neue Auflagen die Verwirklichung des Projektes seit vielen Jahren "erfolgreich" verzögern. Stadtrat Pfoch enthüllte sogar, daß im Verlauf der Verhandlungen verschiedentlich die Andeutung gemacht worden sei, die Wiener könnten ja auch das Wasser der Donau trinken.

(Soweit bereits mit Fernschreiber durchgegeben.)

†

Mit Stadtrat Hubert Pfoch waren leitende Beamte erschienen: in Vertretung des Stadtbaudirektors Obersenatsrat Dipl.-Ing. Anton Seda, der Leiter der Wiener Wasserwerke, Dipl.-Ing. Franz Kochanek, der Leiter der Wiener Wasserrechtsbehörde, Senatsrat Dr. Josef Iselstöger und Sachbearbeiter der Wiener Wasserwerke.

Stadtrat Pfoch zeichnete die Geschichte des Projektes, die mit ersten Besprechungen einer Studienkommission im Jahre 1947 begann. Die Vorarbeiten führten dazu, daß im Jahre 1954 der damalige Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, DDDr. Udo Illig, erklären konnte, Wien werde "in Kürze" seine III. Wasserleitung erhalten. Heute, im Jahre 1969, sei, wie Stadtrat Pfoch sagte, diese Wasserleitung noch immer nicht Wirklichkeit geworden. Der Grund: Verschleppung ohne sachliche Gründe.

./.

Im Jahre 1958 wurde das erste Projekt für die III. Wasserleitung eingereicht; im Dezember 1968 erfolgte eine neuerliche Einreichung, die die mittlerweile gewonnenen Erfahrungen berücksichtigte. Der Bund jedoch zögert, wie Stadtrat Pfoch feststellte, die nötigen Beschlüsse weiter hinaus.

Was die mancherorts befürchtete Beeinträchtigung örtlicher Wasserinteressen betrifft, so rückte Stadtrat Pfoch die mehr als 300 Lieferungsverträge ins Licht, die zwischen der Stadt Wien und verschiedenen Wasserabnehmern bestehen (darunter Schwechat, Klosterneuburg, Neunkirchen oder Wiener Neustadt): Alle diese Verträge hätten vielfach bewiesen, daß sie zum beiderseitigen Nutzen abgeschlossen worden sind.

Mit tiefer Eindringlichkeit appellierte Pfoch an die österreichische Öffentlichkeit, sie möge doch zur Kenntnis nehmen, daß Wien hinsichtlich seiner Wasserversorgung auf Nachbarschaftshilfe angewiesen sei. Von den Bundesstellen erwarte sich die Stadt Wien als Antwort auf ihre Wünsche ein klares Ja oder Nein, aber keinesfalls weitere Ausflüchte.

- - -

Arbeiterkammer berät Wiener Kommunalpolitik
=====Vizebürgermeister Slavik sprach über Schlüsselprobleme

14. April (RK) Im Rahmen der 60. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer referierte heute Vizebürgermeister Felix Slavik über die Tätigkeit seines Ressorts in der Wiener Stadtverwaltung. Die gesetzliche Interessensvertretung der mehr als 600.000 Wiener Arbeitnehmer, die sich schon seit Jahren systematisch mit kommunalpolitischen Fragen befaßt, behandelte mit diesem Vortrag über Schlüsselprobleme der Stadtverwaltung ein Thema, das alle Arbeitnehmer unmittelbar berührt.

Vizebürgermeister Slavik wies darauf hin, daß der Anteil der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben fast durchwegs identisch ist mit dem Investitionsaufwand der Gemeinden. Gemeinden und Länder sind daher daran interessiert, daß ihr Ertragsanteil an den gemeinsamen Abgaben nicht geschmälert wird. Leider wurden in den letzten zwei Jahren von der Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, durch die sich eine Minderung der Nettoeinnahmen der Gemeinden und Länder um nicht weniger als 1,7 Milliarden Schilling ergibt. Für sich selbst hat der Bund diese Mindereinnahmen durch verschiedene Maßnahmen kompensiert, so daß dem Bund heute insgesamt sogar um 2,5 Milliarden Schilling mehr zur Verfügung stehen. Länder und Gemeinden mußten also für die Bundespolitik ein fühlbares Notopfer bringen, durch das die Investitionstätigkeit in den Ländern behindert wird.

In fünf Jahren 25.000 neue Arbeitsplätze

In Zusammenhang mit der aktuellen Kulturdebatte wies Vizebürgermeister Slavik darauf hin, daß die Einführung des neunten Schuljahres die Gemeinden mit der Notwendigkeit konfrontierte, 4.200 neue Schulklassen zu errichten. Dafür ist ein finanzieller Aufwand von etwa vier Milliarden Schilling nötig. Könnte sich der Bund dazu entschließen, für die Bewältigung dieser Aufgaben begünstigte Kredite zu vermitteln, würde dadurch nicht nur ein fühlbarer Beitrag zur Bewältigung eines aktuellen Schulproblems geleistet, sondern auch die Investitionstätigkeit fühlbar belebt.

Auch im Rahmen der Kommunalverwaltung beschäftigt man sich eingehend mit den Problemen der Strukturveränderung, denen die Arbeiterkammer schon seit Jahren besondere Bedeutung beimißt. Die Konsequenz aus den Strukturveränderungen im Wiener Raum besteht in der Notwendigkeit, in den nächsten fünf Jahren 25.000 neue Arbeitsplätze in Wien zu schaffen.

AK-Vollversammlung fordert Assanierungsgesetz

Nach dem Referat von Vizebürgermeister Slavik beschäftigte sich die Vollversammlung der Arbeiterkammer mit einer Resolution, in der zu kommunalpolitischen Fragen Stellung genommen wird, und die vom Vorstand der Arbeiterkammer mit ausdrücklicher Zustimmung aller Fraktionen vorgelegt wurde. Darin wird festgestellt, daß nur ein Drittel der Wiener Bevölkerung in Wohnungen lebt, die dem heutigen Wohnkomfort entsprechen. Damit die noch vor 1919 gebauten Objekte durch neue, den Ansprüchen der heutigen Zeit entsprechende Wohnungen ersetzt, oder, wo dies technisch, wirtschaftlich und städtebaulich vertretbar ist, entsprechend modernisiert werden können, ist die Bereitstellung von Bauland erforderlich. Die Vollversammlung der Arbeiterkammer fordert daher erneut die Schaffung eines Assanierungsgesetzes, das eine gesunde Weiterentwicklung der Stadt sicherstellt und die Möglichkeit gibt, den technischen und wirtschaftlichen Verfall weiter Altstadtgebiete zu verhindern. Neben der Assanierung muß auch Vorsorge getroffen werden, daß für den Bau neuer Wohnungen Bauland zu tragbaren Bedingungen zur Verfügung steht und der Wohnungsneubau nicht durch Grundstückspekulationen verteuert wird. Die Vollversammlung fordert daher dringend die Verabschiedung eines wirksamen Baugrundbeschaffungsgesetzes.

Resolution an die Bundesregierung

Die Arbeiterkammer richtet in ihrer Resolution an die Bundesregierung auch das dringende Ersuchen, die Stadt Wien bei ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung zu unterstützen und sicherzustellen, daß Wien bei der Verteilung der Mittel im Rahmen des Wasserwirtschaftsfonds gebührend berücksichtigt wird.

Rinderhauptmarkt vom 14. April
=====

14. April (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren
Inland: Ochsen 61, Stiere 213, Kühe 344, Kalbinnen 102, Summe
720. Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles.

Preise: Ochsen 13 bis 16.20, extrem 16.50 bis 17 (3),
Stiere 13 bis 16.20, extrem 16.40 (1), Kühe 10 bis 13.10, extrem
13.50 (1), Kalbinnen 13 bis 15.80, extrem 16.80 (1), Beinlvieh
Kühe 8.80 bis 9.80, Ochsen und Kalbinnen 9.50 bis 12.80.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 23
Groschen, bei Stieren um 2 Groschen und erhöhte sich bei Kühen
um 4 Groschen und Kalbinnen um 16 Groschen je Kilogramm.

Der Durchschnittspreis einschließlich Beinlvieh beträgt:
Ochsen 14.93, Stiere 15.12, Kühe 11.63, Kalbinnen 14.15,
Beinlvieh verbilligte sich bis zu 10 Groschen je Kilogramm.

- - -

=====

Bürgermeister Marek eröffnete Kindertagesheim in der Lindengasse

=====

Bürgermeister Bruno Marek eröffnete heute im 7. Bezirk, Lindengasse 57, das 210. Kindertagesheim der Stadt Wien. An dem Festakt nahmen die Stadträte Hans Bock und Maria Jacobi sowie Mitglieder des National-, Bundes- und Gemeinderates, Bezirksvorsteher Otto Limanovsky und Stellvertreter Ralph Sandler teil.

Das Tagesheim ist im Erdgeschoß und im 1. Stock eines städtischen Wohnhausneubaues untergebracht. Es enthält drei Kindergartengruppen, eine Krabbelstube und eine Kleinkinderkrippe. Obwohl im dicht verbauten Gebiet liegend, verfügt das Tagesheim über einen Rasenspielfeldplatz und über eine Spielfläche mit hartem Belag.

Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi verwies darauf, daß der 7. Bezirk zu den Bezirken mit den meisten gewerblichen Betrieben zählt. Das Wohnen ist sozusagen ins Hintertreffen geraten. Umso wichtiger ist es, daß hier in der Lindengasse ein Kindergarten errichtet worden ist.

In dem neuen Kindertagesheim ist Platz für 38 Kleinstkinder und 96 Kinder im vorschulpflichtigen Alter. Damit stehen auf dem Neubau insgesamt 230 Kindertages-Heimplätze zur Verfügung. Darüber hinaus baut die Stadt Wien derzeit den bestehenden Hort in der Zieglergasse aus.

Abschließend teilte die Stadträtin mit, daß für die kommende Gemeinderatsperiode der Bau von 20 neuen Kindertagesheimstätten geplant sei. Noch heuer werden in Wien sieben Kindergärten fertiggestellt werden, weitere fünf befinden sich in Bau.

Bürgermeister Bruno Marek verwies darauf, daß das Bedürfnis nach Kindergärten in jenem Maß gewachsen ist, in dem die Zahl der berufstätigen Frauen stieg. Der Gedanke, daß die Errichtung und Führung von Kindergärten eine Aufgabe der Gemeinschaft ist, setzte sich freilich nur langsam durch. Heute jedoch ist der Kindergarten ein nicht mehr wegzudenkender Faktor der modernen Erziehung geworden. Der Kindergarten hat die Rolle der Großfamilie von einst übernommen. Im Rahmen der familienpolitischen Maßnahmen der Stadt Wien nimmt daher die Errichtung von neuen Kindertagesheimen einen entscheidenden Platz ein.